

X4 Frieden bewahren heißt: Verantwortung in Bayern übernehmen

Antragsteller*in: Maximilian Mattig (GRÜNE JUGEND Bayern)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Präambel

2 Der brutale und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
3 dauert inzwischen seit vier Jahren an und hat die europäische Friedensordnung
4 erschüttert. Zugleich erleben wir, dass autoritäre Staaten und Akteure nicht nur
5 mit Waffen, sondern auch mit Desinformation, Cyberangriffen und politischer
6 Einflussnahme gegen offene Gesellschaften, wie unserer vorgehen. Trumps
7 Drohungen gegen Grönland haben die Fragilität sicher geglaubter Bündnisse
8 aufgezeigt. Damit geraten nicht allein Grenzen und Territorien unter Druck,
9 sondern auch das Vertrauen in Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit. Sie müssen
10 geschützt und immer wieder neu gestärkt werden.

11 Wir sind Teil einer internationalen Ordnung, die aus den Lehren von Krieg,
12 Diktatur und Zerstörung entstanden ist. Diese Ordnung gründet auf dem
13 Völkerrecht, auf der Souveränität von Staaten und auf dem klaren Verbot,
14 politische Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Gerade diese Grundsätze
15 werden heute offen herausgefordert. Wenn Macht wieder vor Recht gestellt wird,
16 wenn Grenzen mit Gewalt verschoben, Gesellschaften gezielt destabilisiert und
17 demokratische Institutionen angegriffen werden, dann geht es nicht um ferne
18 Konflikte allein. Dann geht es um die Verteidigung der Grundlagen unseres
19 Zusammenlebens in einem geeinten Europa. Wer das Völkerrecht missachtet, greift
20 damit immer auch die Sicherheit derjenigen an, die auf Recht, Freiheit und
21 Frieden vertrauen.

22 Nur wo Menschen ohne Angst vor Gewalt und Krieg leben können, bleiben politische
23 Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und individuelle Freiheit dauerhaft
24 gesichert.

25 Die Menschen in Uniform sind ein unverzichtbarer Teil dieser
26 Sicherheitsarchitektur. Ihr Dienst ist kein Selbstzweck, sondern dient dem
27 Schutz von Frieden. Soldat*innen schwören nicht auf einen Herrscher, eine Partei
28 oder eine Ideologie, sondern auf das Grundgesetz, mit der Menschenwürde an
29 erster Stelle. Wer den Frieden bewahren will, muss in der Lage sein, Freiheit
30 und Recht entschlossen zu schützen. Das ist kein Bruch mit einer Politik des
31 Friedens, sondern eine Konsequenz aus der tragischen Erfahrung, dass Frieden
32 ohne Schutz verwundbar ist und proaktiv geschützt werden muss.

33 Die Menschen in Uniform tragen aktiv dazu bei, dieses Ziel zu verwirklichen.
34 Bayern trägt die Verantwortung, gute Bedingungen für die Menschen, die auch in
35 der Bundeswehr dienen zu schaffen sowie für eine Ausstattung und Infrastruktur,
36 die dem Auftrag entspricht und für Strukturen zu sorgen, die auf die
37 Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet sind. Dabei tragen wir auch eine
38 Verantwortung für die Sicherheit Europas und der gemeinsamen Idee eines
39 friedlichen Kontinents.

40 Dieser Antrag steht deshalb für die Überzeugung, dass Freiheit geschützt werden
41 muss, wenn sie bestehen soll. Er verbindet das Eintreten für Frieden mit dem
42 Bewusstsein, dass Demokratie wehrhaft und resilient sein muss. Wer unsere offene

43 Gesellschaft bewahren will, muss bereit und fähig sein, ihre Grundlagen zu
44 verteidigen.

45 Gerade weil Außen- und Verteidigungspolitik weitgehend Bundesaufgabe sind, muss
46 Bayern dort Verantwortung übernehmen, wo der Freistaat selbst handeln kann: im
47 Bevölkerungsschutz und Ehrenamt, in der sozialen Infrastruktur, in der
48 Ausbildung, in der Mobilität und in der Gesundheitsversorgung.

49 Gerade deshalb darf progressive Politik dieses Feld nicht der CSU überlassen.
50 Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und der Schutz unserer demokratischen Ordnung
51 und Zivilbevölkerung sind keine exklusiv konservativen Themen, sondern zentrale
52 Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und ein solidarisches
53 Zusammenleben. Wer den Anspruch hat, eine offene Gesellschaft aktiv zu
54 gestalten, muss auch Antworten auf die veränderte sicherheitspolitische Lage
55 geben - verantwortungsvoll, wertegeleitet und international eingebettet. Wenn
56 wir diesen Anspruch nicht selbstbewusst formulieren, überlassen wir die
57 Deutungshoheit der CSU und anderen Kräften, die Sicherheit vor allem national
58 verengen oder politisch instrumentalisieren. Progressive Politik muss daher klar
59 machen: Eine wehrhafte Demokratie ist kein Widerspruch zu einer solidarischen
60 Gesellschaft, sondern deren Voraussetzung.

61 **Katastrophen- und Zivilschutz stärken**

62 Katastrophenschutz ist Daseinsvorsorge, nicht Ausnahmezustand!

63 Wir fordern einen modernisierten Katastrophen- und Zivilschutz, um den
64 Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Die Schaffung des Landesamtes
65 für Bevölkerungsschutz innerhalb des bayerischen Innenministeriums war ein
66 erster guter Schritt, doch dort darf es nicht enden! Extremwetter werden
67 zunehmen. Die Pandemie hat gezeigt, dass unerwartete Ereignisse weitreichende
68 Folgen haben können. Auch technisches Versagen, Sabotage oder Terror können
69 Stromausfälle und andere Krisen auslösen. Mit moderner Ausstattung, starkem
70 Rückhalt für die Einsatzkräfte und einer robusten Infrastruktur muss dafür
71 gesorgt werden, dass die Landkreise und Kommunen auf jede Krise vorbereitet sind
72 - damit die Menschen in Bayern auch in schwierigen Zeiten sicher und frei leben
73 können. Dazu gehört auch die Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.
74 Diese stellt die Beratungsexpertise der Bundeswehr zur Verfügung und sorgt im
75 Ernstfall für eine effizientere Amtshilfe. Nur so können wir auch in
76 Krisenzeiten oder Spannungsfällen in Freiheit und Sicherheit leben! Alle
77 entsprechenden Akteure müssen regelmäßig miteinander anspruchsvolle Szenarien
78 üben.

79 Wir fordern, dass für alle Bereiche des Katastrophenschutzes ein für Bayern
80 einheitlicher, sinnvoller und zweckmäßiger Gesetzesrahmen geschaffen wird, der
81 schnelle und lokale Verantwortung durch die Landratsämter bzw. Kommunen
82 ermöglicht und die Koordination zwischen Landes- und Bundesbehörden, soweit die
83 Landesgesetze dies ermöglichen, vereinheitlicht.

84 Zusätzlich sollen Landkreise Katastrophenschutzbedarfspläne aufstellen und durch
85 die Staatsregierung finanziell unterstützt werden, diese umzusetzen.

86 Wir fordern verbindliche und moderne Standards zur Notstrom- und
87 Krisenfestigkeit, sowie Kraftstoffbevorratung kritischer Infrastrukturen wie

88 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Trink- und Abwasserwerke, Leitstellen,
89 Feuerwehrgerätehäusern und kommunale Verwaltungsstandorte in ganz Bayern.

90 Wir fordern eine bessere soziale, rechtliche und finanzielle Absicherung
91 ehrenamtlicher Einsatzkräfte, durch Überarbeitung der Freistellungs- und
92 Verdienstausschließungsregelungen.

93 Wir fordern eine landesweite Nachwuchsstrategie für Feuerwehr, THW,
94 Rettungsdienste und weitere Organisationen des Bevölkerungsschutzes über alle
95 Altersgruppen hinweg.

96 Wir fordern, dass Krisenkommunikation mehrsprachlich umgesetzt wird! Warnungen,
97 Verhaltensempfehlungen und Informationsmaterialien sollen mindestens in den
98 häufigsten in Bayern gesprochenen Sprachen sowie in leichter Sprache
99 barrierearm, kostenlos und für jeden schnell und überall verfügbar sein.

100 Wir fordern, dass verbindliche Kommunale Notfalltreffpunkte entstehen. In jeder
101 Kommune sollen klar ausgewiesene Notfall- und Informationspunkte eingerichtet
102 werden, die bei Blackouts, Hochwasser oder Großschadenslagen als Anlaufstelle
103 für Bevölkerung, Hilfeersuchen und Erstversorgung dienen. Für die Bereitstellung
104 des dafür notwendigen Materials soll die Staatsregierung, den Kommunen die
105 notwendigen finanzielle Mittel bereitstellen bzw. diese unterstützen.

106 **Bereichsausnahmen der Schuldenbremse für unsere** 107 **Sicherheit nutzen!**

108 Die Landkreise und Kommunen sind der erste Anlaufpunkt wenn es um die konkrete
109 Umsetzung ziviler Schutzeinrichtungen und die Koordination von Katastrophen
110 geht. Von einfachsten Löschteichen und Sirenen, Lagerflächen, Gerätehäusern und
111 Fahrzeuge bzw. Ausrüstung der Feuerwehren bis zu komplexen
112 Katastrophenschutzzentren, Leitstellen, Bunker- und Kommunikationssystemen - all
113 das müssten Kreise bzw. Kommunen aus ihren eigenen Haushalten finanzieren. Der
114 Freistaat muss seiner Verantwortung endlich gerecht werden und Gelder, die den
115 Kommunen zustehen und dringend für die Umsetzung dieser Maßnahmen gebraucht
116 werden, nicht länger vorenthalten. Die Katastrophenschützer*innen und
117 Gemeinderat*innen vor Ort wissen wo diese Gelder am besten eingesetzt werden und
118 brauchen jetzt Handlungsspielraum! Die Staatsregierung darf sich nicht länger
119 hinter einer starren und veralteten Auslegung der Schuldenbremse verstecken,
120 während Kommunen die Kosten für Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz allein
121 schultern sollen. Wir fordern deshalb eine Reform der bayerischen Schuldenbremse
122 und die konsequente Nutzung der bundesrechtlich eröffneten
123 Investitionsspielräume, damit Mittel für Infrastruktur, Bevölkerungsschutz und
124 kommunale Resilienz schnell und verbindlich bei den Städten, Gemeinden und
125 Landkreisen ankommen.

126 Wer Sicherheit ernst meint, muss Kommunen endlich in die Lage versetzen,
127 Sirenen, Notstrom, Schutzräume, Krisenkommunikation und robuste öffentliche
128 Infrastruktur verlässlich aufzubauen!

129 **Kitaplätze schaffen!**

130 Ein funktionierendes Gemeinwesen basiert auf der Erfüllung grundlegender
131 staatlicher Pflichten - dazu gehört primär auch der Rechtsanspruch jedes Kindes
132 auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. In Bayern sehen wir jedoch,
133 dass dieser Anspruch an den Kasernenstandorten durch die spezifische Belastung
134 von Familien im Schicht- und Einsatzdienst überhaupt nicht umgesetzt werden
135 kann. Es ist eine unbestreitbare strukturelle Notwendigkeit, die Kinderbetreuung
136 an diesen Standorten zu erweitern, um die Dienstfähigkeit der Bundeswehr und die
137 Lebensrealität der Angehörigen mit dem staatlichen Bildungsauftrag in Einklang
138 zu bringen. Die Erweiterung der Kita-Infrastruktur an diesen Standorten ist
139 somit keine Option, sondern eine bauliche und soziale Pflichtaufgabe der
140 Landesregierung. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, gemeinsam mit
141 dem Bund, der Bundeswehr, den betroffenen Kommunen und freien Trägern ein
142 bedarfsgerechtes Ausbauprogramm für die Kinderbetreuung an bayerischen
143 Bundeswehrstandorten aufzulegen. Es braucht zusätzliche Krippen- und Kitaplätze
144 sowie Öffnungszeiten, die verlässlich bzw. planbar Schicht-, Übungs- und
145 Einsatzrhythmen abbilden können. Darüber hinaus müssen die
146 Gleichstellungsbeauftragten einbezogen werden. Hierfür sind die
147 landesrechtlichen und finanziellen Instrumente des Freistaats, insbesondere die
148 kommunale Bedarfsplanung und Förderung nach dem BayKiBiG sowie investive Mittel
149 aus der Ländersäule des Sondervermögens konsequent zu nutzen. Denn solange Care-
150 Arbeit und Familienverantwortung nicht politisch mitgedacht werden, werden
151 Frauen in der Bundeswehr systematisch benachteiligt. Ungeachtet dessen müssen
152 natürlich auch in jeder anderen Kommune und für die Zivilbevölkerung neue und
153 mehr Kitaplätze geschaffen werden!

154 **Infrastruktur an bayerischen Kasernenstandorten 155 stärken!**

156 Die Standorte der Bundeswehr in Bayern sind oft tief im ländlichen Raum
157 verwurzelt. Doch die aktuelle Planungspolitik droht, diese Standorte zu
158 isolieren und zu ‚Inseln der Autozentrierung‘ zu degradieren, was die soziale
159 und ökologische Transformation der Regionen aktiv behindert, ohne einen Mehrwert
160 zu schaffen. Wir fordern daher eine Abkehr von der rein Pkw-zentrierten Planung
161 hin zu einer nachhaltigen, multimodalen Mobilitätsstrategie. Wir fordern die
162 Bayerische Staatsregierung auf, eine systematische Erfassung aller
163 Bundeswehrstandorte hinsichtlich ihrer ÖPNV-Anbindung durchzuführen und die
164 Qualität dieser Anbindung als verbindliche Bedingung für staatliche Förderung
165 von Neubau- oder Erweiterungsprojekten festzulegen und in weitere Planungen zu
166 integrieren. Diese Forderung ist im Kern ein Gebot der Mobilitätsgerechtigkeit.
167 Ein funktionierender ÖPNV an Kasernenstandorten ist keine Privilegierung der
168 Truppe, sondern eine notwendige Investition in die regionale Infrastruktur, von
169 der die gesamte Zivilbevölkerung profitiert, denn wir fordern dass neue Routen
170 zwangsläufig die Anbindung von ländlichen Gebieten verbessern. Wenn neue
171 Bundeswehrstandorte eröffnet werden, oder bestehende besser angeschlossen
172 werden, muss die umliegende Region auch durch eine Verbesserung im ÖPNV davon
173 profitieren! Wir müssen sicherstellen, dass die Mobilität von Soldat*innen –
174 insbesondere von jungen Menschen und Personen in niedrigeren Dienstgraden, die
175 nicht über die Ressourcen für einen eigenen PKW verfügen – nicht durch

176 infrastrukturelle Vernachlässigung eingeschränkt wird. Und dass das Bahnfahren
177 in Uniform für Soldaten attraktiver wird, um auch die Sichtbarkeit und
178 Nahbarkeit der Soldat*innen in der Öffentlichkeit zu verbessern. Indem wir die
179 Anbindung der Kasernen an das regionale Verkehrsnetz stärken, fördern wir die
180 Revitalisierung des ländlichen Raums, reduzieren die CO2-Emissionen und schaffen
181 eine moderne Mobilitätsgarantie, die den Anforderungen einer
182 zukunftsorientierten Gesellschaft gerecht wird.

183 **Bildungsurlaub einführen und Reservedienst** 184 **ermöglichen!**

185 Ein lebendiges Gemeinwesen basiert auf der Bereitschaft seiner Bürger*innen,
186 Verantwortung für das Kollektiv zu übernehmen. Doch in einer Arbeitswelt, die
187 zunehmend auf totale Verfügbarkeit und permanente Verwertbarkeit von
188 Arbeitskraft setzt, droht bürgerschaftliches Engagement als bloßes
189 wirtschaftliches Risiko diskreditiert zu werden. Wir beobachten, dass die
190 Ausübung des Ehrenamtes und Reservistendienstes heute oft an den Interessen der
191 rein profitmaximierenden Unternehmen scheitert, die die Abwesenheit von
192 Arbeitskraft primär als Produktivitätsverlust wertet. Diese strukturelle
193 Schwäche der bürgerschaftlichen Teilhabe ist kein Zufall, sondern das direkte
194 Resultat einer jahrzehntelangen, rückwärtsgewandten Blockadepolitik der CSU.

195 Indem die Landesregierung die Einführung eines Bildungsurlaubsgesetzes in Bayern
196 konsequent verhindert hat, hat sie den Arbeitgebenden ein mächtiges Werkzeug in
197 die Hand gegeben, gesellschaftliches Engagement als Hindernis für die reine
198 Produktivität zu instrumentalisieren. Wir fordern daher ein Ende dieser
199 politischen Rückwärtsgewandtheit mit zwei entscheidenden Schritten:

200 Erstens fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubs in Bayern,
201 um die demokratische Teilhabe und die persönliche Weiterentwicklung ALLER
202 Arbeitnehmenden gegen rein profitgetriebene Interessen zu schützen.

203 Zweitens muss die rechtliche Gleichstellung der Reservistenfreistellung mit
204 diesem Bildungsurlaub sichergestellt werden.

205 Durch diese Verknüpfung entziehen wir den repressiven Mechanismen der
206 Arbeitgeber die Grundlage, die individuelle Bereitschaft zur gesellschaftlichen
207 Verantwortung als Gefahr für die Ertragsmaximierung zu brandmarken. Es ist die
208 Aufgabe einer progressiven Politik, den Raum für gesellschaftliches Engagement
209 zu sichern und sicherzustellen, dass das Recht auf einen Beitrag zum Gemeinwohl
210 nicht an den ökonomischen Zwängen der Arbeitsplatzsicherung scheitert.

211 **Psychosoziale Versorgung aufstocken!**

212 Ein wesentlicher Pfeiler einer stabilen Gesellschaft ist die psychische
213 Resilienz ihrer Mitglieder - dies gilt für die gesamte Zivilgesellschaft ebenso
214 wie für die Menschen in Uniform. Wir fordern daher den Aufbau niederschwelliger,
215 konfessionell ungebundener, psychosozialer Beratungsangebote in bayerischen
216 Städten und Gemeinden mit Bundeswehrstandorten und zivilen
217 Katastrophenschutzzentren. Diese Angebote müssen darauf ausgerichtet sein, die
218 tief verwurzelte Stigmatisierung psychischer Belastungen aufzubrechen und die

219 Folgen von Traumatisierungen, wie etwa posttraumatische Belastungsstörungen
220 (PTBS), proaktiv zu adressieren. Darüber hinaus braucht es vorbeugende
221 Maßnahmen, wie etwa Einsatzvor- und nachbereitungen. Diese Angebote müssen
222 allesamt vertraulich sein und klare Absicherungen gegen dienstliche Nachteile
223 enthalten. Darüber hinaus müssen diese Strukturen gezielt dazu beitragen, die
224 Barrieren patriarchaler Rollenbilder abzubauen, die den Zugang zu notwendiger
225 Hilfe oft durch ein Ideal der vermeintlichen Unverwundbarkeit verhindern. Ein
226 solcher Aufbruch ist essenziell, um die individuelle Handlungsfähigkeit zu
227 stärken und gleichzeitig die immense Care-Verantwortung der Angehörigen und
228 Partner*innen zu unterstützen, die in Krisenzeiten oft die Last der psychischen
229 Unterstützung im privaten Raum allein tragen. Es braucht eine nachhaltige
230 psychosoziale Infrastruktur, die sowohl die Menschen in Uniform als auch die
231 gesamte bayerische Gesellschaft stärkt.

232 **Medizinische Versorgung stärken: Für ein neues** 233 **Bundeswehrkrankenhaus in Bayern!**

234 Bayern verfügt aktuell über kein eigenes Bundeswehrkrankenhaus. Soldat*innen und
235 Bundeswehrangehörige sind damit auf die zivile Regelversorgung oder lange
236 Fahrten nach Ulm, Koblenz, Hamburg oder Berlin zu den anderen
237 Bundeswehrkrankenhäusern angewiesen - eine Lücke, die in Zeiten erhöhter
238 Einsatzbereitschaft und wachsender Truppenstärke nicht länger akzeptabel ist.
239 Wir fordern deshalb die bayerische Staatsregierung auf, sich gegenüber dem Bund
240 für die Errichtung eines Bundeswehrkrankenhauses an einem geeigneten bayerischen
241 Standort, einzusetzen, das sowohl auf die spezifischen medizinischen Bedarfe von
242 Soldat*innen als auch auf die psychiatrische und traumatologische Nachsorge nach
243 Auslandseinsätzen ausgerichtet ist. Dieses Krankenhaus soll nicht als isolierte
244 Militäreinrichtung gedacht werden, sondern als integriertes Gesundheitszentrum
245 mit starker zivil-militärischer Verzahnung. Zivile Medizinstudent*innen sollen,
246 wie an jedem anderen Krankenhaus auch, die Möglichkeit bekommen, Teile ihres
247 Studiums und ihrer praktischen Ausbildung dort zu absolvieren. Umgekehrt
248 profitiert die zivile Bevölkerung der Region von einer leistungsfähigen Klinik,
249 die insbesondere in der Notfall- und Traumaversorgung Maßstäbe setzen kann. So
250 nutzt die Bundeswehr heute schon ihre eigenen Krankenhäuser primär um die eigenen
251 Ärzt*innen und Sanitäter in Übung zu halten und versorgt überwiegend zivile
252 Patient*innen mit einer weit höheren Qualität als andere Krankenhäuser das können,
253 denn die Bundeswehr muss keinen Profit machen sondern exzellentes Personal
254 ausbilden. Diese Doppelfunktion stärkt gleichzeitig die regionale
255 Gesundheitsversorgung, die Krisen und Katastrophenresilienz und reduziert den
256 flächendeckenden Ärztemangel im ländlichen Bayern.

257 Darüber hinaus fordern wir ausdrücklich, dass das Bundeswehrkrankenhaus alle
258 reproduktionsmedizinischen Leistungen anbietet, zu denen explizit auch
259 Schwangerschaftsabbrüche gehören. Es kann nicht sein, dass Soldatinnen und
260 Bundeswehrangehörige für die Inanspruchnahme dieser medizinischen Leistungen
261 besondere Hürden überwinden müssen oder auf eine ohnehin ausgedünnte zivile
262 Versorgungsstruktur angewiesen sind. Ein modernes Bundeswehrkrankenhaus muss die
263 Gesundheitsrechte aller Angehörigen der Bundeswehr vollumfänglich,
264 hochqualitativ und niederschwellig sicherstellen.

265 Als mögliche Standorte bieten sich beispielsweise Nürnberg oder Ingolstadt
266 aufgrund der Nähe zu Flughäfen, Universitäten und bestehender
267 Bundeswehrinfrastruktur an, es sind aber natürlich auch andere wie Weiden,
268 Würzburg oder Regensburg möglich und sinnvoll.

269 **Katastrophenschutz gehört in den Stundenplan!**

270 Die Klimakrise, zunehmende Extremwetterereignisse, Stromausfälle oder auch
271 Pandemien zeigen, dass Katastrophen- und Zivilschutz längst kein Nischenthema
272 mehr ist, sondern zum Alltag einer modernen Gesellschaft gehört. Kinder und
273 Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der sie nicht nur geschützt, sondern
274 auch handlungsfähig sein müssen. Wir fordern daher, Katastrophenschutzunterricht
275 und "Blaulichtkunde" oder "Zivilschutzstunden" verbindlich an bayerischen
276 Schulen zu verankern.

277 Schulen sollen hierfür systematisch mit dem Technischen Hilfswerk (THW), dem
278 Bayerischen Roten Kreuz (BRK), der Feuerwehr, Rettungsdiensten und der
279 Bundeswehr im Bereich des zivilen Katastrophenschutzes zusammenarbeiten. Im
280 Mittelpunkt dieses Unterrichts stehen praktische Fähigkeiten und
281 gesellschaftliche Verantwortung. Schüler*innen sollen in den weiterführenden
282 Schulen beispielsweise lernen, wie sie sich in Gefahrensituationen verhalten
283 (z.B. bei Feuer, Hochwasser, Unwettern, Blackouts, oder Unfällen), wie sie
284 Notlagen erkennen und wo sie wie Hilfe holen, wie stabile Seitenlage und
285 Wiederbelebung funktionieren, wie sie sich in Evakuierungssituationen
286 orientieren und wie Nachbarschaftshilfe und Solidarität im Krisenfall praktisch
287 aussehen können. Es sollen allgemeine und grundsätzliche Inhalte vermittelt
288 werden: Wie legt man einen Notfallvorrat an, was bedeuten Gefahrensymbole, wer
289 ist eigentlich für was im Katastrophenschutz zuständig? Dazu gehören auch
290 Grundlagen der psychischen Erste Hilfe, das Erkennen von Stressreaktionen bei
291 sich und anderen sowie der reflektierte Umgang mit Gerüchten und Desinformation
292 in Krisensituationen.

293 Wir fordern, dass in der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen ein
294 umfassender Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend durchgeführt wird, der den
295 Anforderungen für den Führerschein genügt, kostenlos ist und regelmäßig
296 aufgefrischt werden kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit Feuerwehr,
297 THW, BRK und anderen Hilfsorganisationen genutzt werden, um für ehrenamtliches
298 Engagement zu werben: durch Projektstage, AGs, Schulkooperationen und
299 Einsatzübungen zum Anschauen und Mitmachen.

300 So lernen junge Menschen früh, dass Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist und
301 dass Ehrenamt im Katastrophen- und Rettungsschutz nicht nur „nice to have“,
302 sondern ein tragender Pfeiler unserer demokratischen und solidarischen
303 Gesellschaft ist. Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und
304 anderen Hilfsorganisationen altersgerechte Praxisformate und Übungen anbieten,
305 in denen Kinder und Jugendliche den Umgang mit Notfallsituationen einüben,
306 Rettungsabläufe kennenlernen und Sicherheit im Kontakt mit Einsatzkräften
307 gewinnen können. Ziel muss es sein, Wissen und Handlungssicherheit zu
308 vermitteln, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die öffentliche Gefahrenabwehr
309 zu stärken. Zusätzlich könnten Jugendliche so die Chance bekommen sich für die
310 Feuerwehr, BRK oder den Katastrophenschutz zu begeistern.

311 Zusätzlich eröffnen solche Angebote jungen Menschen Räume für Gemeinschaft,
312 Verantwortung und konkrete sinnstiftende und erfüllende Teilhabe, direkt in
313 ihrer Umgebung und erlernen Selbstwirksamkeit. Gerade in Zeiten zunehmender
314 sozialer Vereinzelung können Feuerwehr, BRK, THW und weitere Hilfsorganisationen
315 Orte sein, an denen sozialer Zusammenhalt praktisch erfahrbar wird. Wer früh
316 positive Erfahrungen mit Ehrenamt und zivilem Bevölkerungsschutz macht, lernt,
317 dass Einsatz für das Gemeinwesen nicht militärisch gedacht werden muss, sondern
318 solidarisch, demokratisch und vor Ort beginnt. So stärken wir nicht nur den
319 Katastrophenschutz, sondern auch soziale Bindungen, demokratische Resilienz und
320 attraktive Wege, gesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Zwangs zu
321 übernehmen.

322 Katastrophenschutzes zusammenarbeiten. Im Mittelpunkt dieses Unterrichts stehen
323 praktische Fähigkeiten und gesellschaftliche Verantwortung. Schüler*innen sollen
324 in den weiterführenden Schulen beispielsweise lernen, wie sie sich in
325 Gefahrensituationen verhalten (z.B. bei Feuer, Hochwasser, Unwettern, Blackouts,
326 oder Unfällen), wie sie Notlagen erkennen und wo sie wie Hilfe holen, wie
327 stabile Seitenlage und Wiederbelebung funktionieren, wie sie sich in
328 Evakuierungssituationen orientieren und wie Nachbarschaftshilfe und Solidarität
329 im Krisenfall praktisch aussehen können. Es sollen allgemeine und grundsätzliche
330 Inhalte vermittelt werden: Wie legt man einen Notfallvorrat an, was bedeuten
331 Gefahrensymbole, wer ist eigentlich für was im Katastrophenschutz zuständig?
332 Dazu gehören auch Grundlagen der psychischen Erste Hilfe, das Erkennen von
333 Stressreaktionen bei sich und anderen sowie der reflektierte Umgang mit
334 Gerüchten und Desinformation in Krisensituationen.

335 Wir fordern, dass in der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen ein
336 umfassender Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend durchgeführt wird, der den
337 Anforderungen für den Führerschein genügt, kostenlos ist und regelmäßig
338 aufgefrischt werden kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit Feuerwehr,
339 THW, BRK und anderen Hilfsorganisationen genutzt werden, um für ehrenamtliches
340 Engagement zu werben: durch Projekttag, AGs, Schulkooperationen und
341 Einsatzübungen zum Anschauen und Mitmachen.

342 So lernen junge Menschen früh, dass Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist und
343 dass Ehrenamt im Katastrophen- und Rettungsschutz nicht nur „nice to have“,
344 sondern ein tragender Pfeiler unserer demokratischen und solidarischen
345 Gesellschaft ist. Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und
346 anderen Hilfsorganisationen altersgerechte Praxisformate und Übungen anbieten,
347 in denen Kinder und Jugendliche den Umgang mit Notfallsituationen einüben,
348 Rettungsabläufe kennenlernen und Sicherheit im Kontakt mit Einsatzkräften
349 gewinnen können. Ziel muss es sein, Wissen und Handlungssicherheit zu
350 vermitteln, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die öffentliche Gefahrenabwehr
351 zu stärken. Zusätzlich könnten Jugendliche so die Chance bekommen sich für die
352 Feuerwehr, BRK oder den Katastrophenschutz zu begeistern.

353 Zusätzlich eröffnen solche Angebote jungen Menschen Räume für Gemeinschaft,
354 Verantwortung und konkrete sinnstiftende und erfüllende Teilhabe, direkt in
355 ihrer Umgebung und erlernen Selbstwirksamkeit. Gerade in Zeiten zunehmender
356 sozialer Vereinzelung können Feuerwehr, BRK, THW und weitere Hilfsorganisationen
357 Orte sein, an denen sozialer Zusammenhalt praktisch erfahrbar wird. Wer früh
358 positive Erfahrungen mit Ehrenamt und zivilem Bevölkerungsschutz macht, lernt,
359 dass Einsatz für das Gemeinwesen nicht militärisch gedacht werden muss, sondern

360 solidarisch, demokratisch und vor Ort beginnt. So stärken wir nicht nur den
361 Katastrophenschutz, sondern auch soziale Bindungen, demokratische Resilienz und
362 attraktive Wege, gesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Zwangs zu
363 übernehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.